Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz).

Verlag der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franko gegen franko. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3 — für Deutschland (Couvert)
fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 20. Donnerstag, 15. Mai 1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat."

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Speditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Nach der Schlacht.

War's überhaupt eine Schlacht? Oder war's nicht vielmehr eine Komödie mit vertheilten Rollen, der große Redekampf, der sich im deutschen Reichstag in den Tagen vom 8.—12. Mai zur höheren Erbauung des deutschen Volkes abspielte? Wir glauben diese Frage am besten mit: Beides! beantworten zu können. A Bissel a Lieb und a Bissel a Treu und a Bissel — nein eine ganz gehörige Portion — Falschheit waren sicher dabei. Ernsthafter Kampf, wenn sich die Herren untereinander um ihre Sozialinteressen in die Haare geriethen, Komödie, wenn sie ihre Stellung zum Sozialistengesetz auseinandersetzten. Die Jasager kaschirten die lieben Arbeiter, die man vor dem Terrorismus der bösen Sozialdemokraten schützen müssen und prophezeiten doch im selben Augenblick, daß es mit eben denselben lieben Arbeitern nicht zum Aushalten sein werde, „wie vor 1878", wenn das Sozialistengesetz aufgehoben würde, das heißt also, daß dieses Schutzgesetz die Arbeiter ihrer Thatkraft beraube; die Reinsager sprachen sehr schön gegen das Ausnahmegesetz, sieht man ihre Reden aber näher an, so ist fast immer das A und O: Wir sind Gegner des Gesetzes, weil es seinen Zweck nicht erfüllt hat — auf dem Boden des gemeinen Rechtes die Sozialdemokraten zu erdrosseln, dazu würden wir eventuell auch die Hand bieten. Ganz abgesehen davon, wieviel bei den Herren Ueberzeugung, wie viel Wahldemagogie war.

Nun, ob Ernst, ob Komödie, das Stück ist vorüber, die Entscheidung gefallen. Die Anhänger des Ausnahmegesetzes, Bismarck und Genossen haben gesiegt.

Wäre die Redensart von der moralischen Niederlage nicht gar so abgegriffen, wir wären wirklich versucht, sie hier anzubringen. Welch ein Sieg! Mit welchen Mitteln erkämpft — nein erschwindelt, erbettelt, erschachert! Man ziehe den „Chor der Landräthe", die Beamten, die Militärs von der Seite der Jasager ab, und auf welche klägliche Minderheit schmilzt die Zahl der „Sieger" zusammen!

Zu einem Sieg gehören vor allem Besiegte. Wer sollen aber die Besiegten sein? Etwa wir, die Sozialdemokraten? Wer das behaupten wollte, würde sich unsterblich blamiren. Unsere Partei besiegt, weil ein Gesetz gegen sie verlängert wurde, das immer deutlicher von seinen entschiedensten Anhängern gekennzeichnet wird als ein Ausfluß der Furcht vor uns? Eine solche Lächerlichkeit wagt selbst ein Minnigerode nicht zu behaupten. Und der Mann ist in diesem Punkt gewiß nicht skrupulös.

Ein Gesetz der Furcht, das und nichts Anderes ist das Sozialistengesetz. Der Furcht — und das ist wohl zu beachten! — weit weniger vor Emeuten, denn diese glauben die Herren mit ihren heutigen Machtmitteln leicht niederschlagen zu können, auch nicht vor Attentaten, denn daß man mit Polizeigesetzen keine Attentate verhindert, soviel begreift sogar Kaiser Wilhelm, sondern der Furcht vor einer unabhängigen, die politischen Rechte zielbewußt ausnutzenden, die Interessen der Arbeiterklasse in politischer und sozialer Beziehung wahrenden organisirten Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie eine war, ist und bleiben wird. Das tönt durch alle Reden der Befürworter des Unterdrückungsgesetzes hindurch — von Bismarck bis Marquardsen — das klingt in den Reden derer nach, die „Nein!" sagten, weil sie nicht den Muth hatten, „Ja!" zu sagen.

Ein klassisches Geständniß in dieser Beziehung hat der konservative Kampfhahn von Minnigerode zum Besten gegeben:

> „Meine Herren", — sagte er an einer Stelle — „ich gehe noch viel weiter: ich bin gewiß kein Freund der Dynamitattentate, aber das ist eine Kinderspielerei gegen die ganzen sozialistischen Wühlereien, wie wir sie vor dem Jahre 1877 erlebt haben
>
> (sehr richtig! rechts)
>
> gegen dieses systematische Herunterreißen der Religion, der Monarchie, des Eigenthums, der Ehe, das sind Tausende und Hunderttausende kleiner Dynamitpatronen; und wenn sie, unter die Gesellschaft geschoben, dann plötzlich explodiren, dann ist die ganze Ungeheuerlichkeit der Revolution da.
>
> (Bravo! rechts.)
>
> Dagegen sind die einzelnen Dynamitattentate ein reines Kinderspiel gegenüber dieser großen, latenten, systematischen Gefahr."

Ganz ebenso wie der konservative Junker sprach sich der nationalliberale Professor Marquardsen aus — „nur mit ein wenig anderen Worten". Etwas verblümt, wie sich das für einen deutschen Professor schickt, namentlich für einen nationalliberalen. Was wäre wohl jetzt für ein Zustand, meint er, in der deutschen Sozialistenpresse, wenn das Gesetz von 1878 nicht beschlossen worden wäre? und antwortet selbst, nachdem er auf die 40 politischen Organe unserer Partei hinweist, die damals erschienen:

> „Nun, meine Herren, wenn wir das Sozialistengesetz aufheben, dann muß man sich nicht etwa vorstellen, daß dann bloß der Zustand wieder käme, sondern wenn alles dasjenige wahr wäre, was uns die Herren Sozialdemokraten von ihren bisherigen Erfolgen erzählen, so würde dann eine zehnfache Vermehrung dieser Agitationsmittel der gefährlichsten Art innerhalb der deutschen Lande stattfinden. Ich kann also das Argument nicht annehmen, daß wir dadurch, daß das eine Organ im Auslande erscheint und in einer Anzahl von Exemplaren auch nach Deutschland kommt, keinen Vortheil haben gegen die Lage, die wir haben würden, wenn in jedem kleinen Neste ein sozialdemokratisches „Wochenblatt" oder etwas Aehnliches erscheinen würde."

Kann man deutlicher aussprechen, daß nichts Anderes, als die blasse Furcht vor der planmäßigen „gesetzlichen" Agitation unserer Partei die Fortdauer des Ausnahmegesetzes diktirt? Es ist eine Bankrotterklärung in unzweideutigster Form. Was die Herren von Terroristrung der Arbeiter durch die Sozialdemokraten zur Beschönigung hinzufügten, glauben sie selbst nicht. Es ist auch zu abgeschmackt. Arbeiter, die sich selbst terroristren!!

Weit mehr als auf uns paßt die Bezeichnung Besiegte auf das Zentrum und die „Freisinnigen".

Nicht etwa weil sie überstimmt worden, denn das ist erstens im politischen Kampfe nicht entscheidend und zweitens wollten sie ja überstimmt werden — sie fürchteten wahrlich die Aufhebung des Gesetzes noch mehr als Bismarck, und haben auch allen Grund dazu! — sondern weil sie mit Hilfe ihrer eignen Fraktionsgenossen überstimmt wurden. Das ist ihre Blamage oder, wenn man will, ihr Pech.

Denn sie mögen sich nur nicht einbilden, daß urtheilsfähige Leute etwa nur die Reinsager aus ihren Reihen für das Fortbestehen des Gesetzes verantwortlich machen werden. Eine solche Naivetät wäre polizeiwidrig. Nein, das Ausnahmegesetz ist denn doch keine Kleinigkeit, bei der es einer Partei, die für „Wahrheit, Freiheit und Recht" einzutreten behauptet oder „Gleichheit Aller vor dem Gesetz" auf ihre Fahne geschrieben hat, gestattet wäre, ihren Mitgliedern zu überlassen, nach freiem Ermessen abzustimmen. Hier heißt es: Entweder — Oder! Und dadurch, daß sie den „Abtrünnigen" die Thür offen ließen, haben sich die Reinsager der beiden Fraktionen zu Mitschuldigen der Jasager gemacht.

Es fällt uns nicht ein, darob in große Entrüstung zu gerathen oder gar über Verrath zu schreien. Die Herren haben nicht uns, sie haben sich selbst verrathen. Namentlich gilt das von den „Freisinnigen".

Die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit ist eines der ersten Postulate des bürgerlichen Liberalismus, und wenn die Partei, welche für sich den ganz besonderen Beruf reklamirt, diesen bürgerlichen Liberalismus zu Macht und Ansehen zu bringen, bei der ersten Gelegenheit sein Hauptpostulat preisgibt, nun, so stellt sie sich damit ein Armuthszeugniß aus, das ihren Kredit vollständig vernichtet. Aber damit noch nicht genug. Als Windthorst's Antrag, den kleinen Belagerungszustand auf Berlin zu beschränken, zur Abstimmung kam, da mußten diese Herren, die sonst stets den Grundsatz innehalten: „Das Bessere ist der Feind des Guten!" zunächst für denselben stimmen; in der Schlußabstimmung konnten sie immer noch das ganze Gesetz ablehnen. Da aber plötzlich wurden sie ganz gegen ihre Natur radikal, und Herr Hänel erklärte: Alles oder nichts; wir stimmen dagegen. Dieser „Prinzipienfestigkeit" auf der einen und der „offenen Thür" auf der anderen Seite gebührt das Verdienst, die Verlängerung des unveränderten Sozialistengesetzes, wie Bismarck sie forderte, ermöglicht zu haben. Richter's schönste Reden werfen diese Thatsache nicht um.

Auf die Abstimmung selbst wie auf die Debatten kommen wir an anderer Stelle noch zurück. Hier wollen wir nur das Endergebniß feststellen.

Das Knebelungsgesetz gegen unsere Partei ist auf weitere zwei Jahre verlängert worden. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß Bismarck es alsdann fallen lassen wird. Im Gegentheil. Er braucht das Polizeigesetz und wird daher in zwei Jahren auf's Neue Himmel und Hölle in Bewegung setzen, eine Verlängerung zu erzielen. Wie in seiner äußeren Politik, lebt er auch in der inneren von der Hand in den Mund.

Was er dann thut, hängt von dem Ausfall der nächsten Wahlen ab.

Unsere Partei aber wird, unbekümmert um alle Machinationen der Gegner, uneingeschüchtert und unentwegt, nach wie vor die Fahne der vollen wirthschaftlichen und politischen Emanzipation des Proletariats hochhalten. Weder Verfolgungen noch Provokationen werden sie von dem für recht und gut, für zweckdienlich Erkannten abhalten. Längst haben wir es aufgegeben, auf die Billigkeit unserer Gegner zu rechnen, nicht von ihr erwarten wir die Aufhebung des schmachvollen Ausnahmegesetzes. Aber ein anderer, weit zuverlässigerer Faktor ist es, auf den wir rechnen: die wirthschaftliche Entwicklung unserer kapitalistischen Gesellschaft.

Sie wirkt und wirbt für uns, indem sie das Vertrauen in den Bestand der Dinge in immer weiteren Kreisen des Volkes erschüttert. Dieses Vertrauen muß uns zufallen und wird uns zufallen, je fester wir an unserm Banner halten, je mehr wir uns selbst treu bleiben.

Das war bisher das Geheimniß unserer Stärke und wird es bleiben, trotz Sozialdemagogie und Ausnahmegesetz!

Diesem Gedanken gibt die von Liebknecht verlesene Schlußerklärung unserer Abgeordneten in trefflichster Weise Ausdruck, sie wird unserer Partei in den bevorstehenden Kämpfen allerorts als Parole dienen.

Briefe über Logik.

II. Serie. 5. Brief.

Um mit dem Intellekt die Oekonomie zu durchleuchten, hatten wir die klassische Gestalt der Lohnarbeit, wie sie in der modernen Produktion immer mehr hervortritt, getrennt von der Arbeit des Kleinbetriebs und allen vergangenen Formen der Versklavung. Solche Lohnarbeit — darin hat die landläufige Oekonomie Recht — kann nicht ohne Kapital, nicht ohne aufgespeicherte Arbeit funktioniren.

H. George verkennt die Pointe, wenn er sagt, der Lohn stamme nicht vom Kapital ab, sondern die Arbeit produzire ihre eigenen Lohn, Konkurrenzfähige Arbeit bedarf unter allen Umständen der vorgegangenen Aufspeicherung. Soviel muß dem Kapital zugestanden sein, um seine Arroganz triftig widerlegen zu können. Erst dann läßt sich begründen, daß die kapitalistische Form der Aufspeicherung, wenn auch zur Lohnarbeit, so doch nicht zur Arbeit überhaupt erforderlich ist.

Wie wir vom Zwecke einer logischen, sach- und sachgemäßen Denkungsart gezwungen wurden, die Lohnarbeit als eine Spezialität unter den Formen der Arbeit darzustellen, so sind wir von demselben Zwecke ferner veranlaßt, die Arbeitsmittel der Konkurrenzwirthschaft spezialiter zu charakterisiren. Es geschieht das durch den Kapitalbegriff.

H. George bestrebt sich — wir sind beim 2. Kapitel seines Werkchens —, an einem halben Dutzend der besten ökonomischen Autoren den Beweis zu führen, wie die Autoren hin- und herschwanken bei der Erklärung dessen, was Kapital ist. Für die beste findet er Adam Smith's Definition: „Der Theil des Vermögens, von dem man Revenue erwartet, heißt Kapital."

Bei Aufzählung der verschiedenen Arten von Kapitalien werden dann von A. Smith auch die erworbenen und nützlichen Fähigkeiten der Einwohner mitgenannt. Dem widerspricht Henry George entschieden. Nachdem er die Faktoren der Produktion in Land, Arbeit und Kapital getheilt, findet er, daß die erwähnten Fähigkeiten zur Arbeit, nicht zum Kapital gehören, und nennt es eine Verwirrung der ökonomischen Wissenschaft, wenn man dem Einen zutheilt, was dem Anderen gehört.

> „Die Schwierigkeiten", heißt es, „welche entgegenstehen, um das Wort Kapital als exakten Begriff zu gebrauchen . . ., entstehen aus zwei Thatsachen: 1) daß gewisse Dinge, deren Besitz für das Individuum dem Kapitalbesitz gleich ist (z. B. Schuldtitel), doch am Nationalkapital keinen Theil haben, und 2) daß Dinge derselben Art Kapital sein und nicht sein können, je nach Verwendung."

Demnach geht der Autor unseres Leitfadens daran, die Begriffe Land, Arbeit und Kapital näher zu beschreiben. Obgleich es uns hier zunächst nur um den Kapitalbegriff geht, müssen wir doch die beiden anderen Begriffe mit in den Kauf nehmen. Das Eine hängt mit dem Anderen so zusammen, daß ohne Land und Arbeit auch kein rechter Begriff vom Kapital zu fassen ist.

> „Der Terminus Land", heißt es, „schließt nothwendig nicht nur die Oberfläche der Erde ein, im Unterschiede von Wasser und Luft, sondern das ganze materielle Universum außerhalb des Menschen. . . . Der Terminus Land umfaßt in Kurzem alle natürlichen Materialien, Kräfte und Gelegenheiten, und kann darum nichts, was die Natur gratis gibt, als Kapital klassifizirt werden. . . . Ein fruchtbares Feld, eine reiche Erzader, eine Wasserkraft mögen dem Besitzer Vortheile bringen, die dem Besitze von Kapital gleichkommen, doch sie so zu nennen, hieße dem Unterschiede zwischen Land und Kapital ein Ende machen."

Setze Du, das ist mein Rath, an die Stelle des Wortes Land das Wort Natur, dann wird die Sache klarer. Solche Dinge, wie Felder, Erzadern ꝛc. gibt die Natur gratis. Nach H. George's Meinung sind es die bösen Monopolisten, welche sich dafür zahlen lassen, während uns das ganze Kapital nichts weiter wie ein böses Monopol ist.

Soviel geht wenigstens aus der Sache hervor: es liegt viel an der Eintheilung. Diejenige, worauf H. George sich steift, die von Land, Arbeit und Kapital, darf uns keine Autorität sein, soferne sie der Erhellung des Objektes widerspricht. Wenn Kapital der Theil des Vermögens ist, von dem man eine Revenue erwartet, und auch wenn man unter Kapital die Arbeitsmittel versteht, welche bei der Produktion zur Zeugung von Mehrwerth dienen, gehört das Land mit unter die Kapitalkategorie, und wir haben statt drei nur zwei Produktionsfaktoren: Kapital und Arbeit.

Die letztere

> „umfaßt alle menschlichen Anstrengungen; weshalb Menschenkraft, ob natürlich oder erworben, niemals rechtmäßig als Kapital klassifizirt werden kann. In landläufiger Rede sprechen wir oft von eines Menschen Kenntniß, Geschicklichkeit oder Fleiß wie von seinem Kapital. Aber das ist nur ein sinnbildlicher Gebrauch der Sprache, der zu vermeiden ist, wenn es sich um genaue Begriffe handelt. Ueberlegenheit in solchen Eigenschaften mag das Einkommen eines Individuums vermehren, auch mag die Vermehrung der Wissenschaft,

der Geschicklichkeit und des Fleißes einer Kommune dieselbe Wirkung haben, dennoch ist solche Wirkung der vermehrten Arbeitskraft und nicht dem vermehrten Kapital geschuldet. Vergrößerte Geschwindigkeit mag der Kanonenkugel dieselbe Wirkung geben, wie vergrößertes Gewicht, dennoch ist Gewicht ein Ding und Geschwindigkeit ein anderes."

Nachdem wir also in etwa wissen, was Land und was Arbeit ist, gehen wir wieder an die Betrachtung des Kapitals. Hier:

„schließen wir von der Kategorie des Kapitals Alles aus, was zum Land oder zur Arbeit gehört. Da bleiben denn nur Dinge, welche weder Land noch Arbeit, jedoch aus der Vereinigung dieser zwei originalen Faktoren hervorgehen."

Kapital ist also das Kind von Mutter Natur und Vater Arbeit. Diese Eltern jedoch haben noch mehr Kinder, welche sämmtlich den Familiennamen „Reichthum" führen. Das Kind, welches mit Vornamen Kapital, mit Zunamen Reichthum heißt, also den Kapitalreichthum, wollen wir genau kennen lernen. Zu diesem Zwecke werden wir wohl die Begriffe sondern, aber auch dialektisch ineinanderfließen lassen. Zur gründlichen Erhellung und Kenntnißnahme ist das Letztere ebenso nöthig wie das Erste. H. George, der nur das Eine versteht, wird deshalb von Marx, der Beides handhabt, weit an Helligkeit übertroffen. Kapitalreichthum ist einerseits zu unterscheiden von Nationalreichthum, und anderseits von dem Reichthum, der wohl von der Arbeit in Gemeinschaft mit der Natur erzeugt ist, aber nicht dazu dient, mehr und mehr zu erzeugen, nicht als Arbeitsmittel dient, keine Revenue bringt, sondern in dulci jubilo verhaust wird. Eine Flasche Wein ist beim Weinhändler Kapital, sie soll ihm eine Revenue bringen, aber bei Dir auf dem Tisch ist die Flasche Wein kein Kapital. Wie gesagt: „Dinge derselben Art können Kapital sein und nicht sein, je nach Verwendung."

Jedoch wenn Du Dich heute erheiterst und restaurirst, kannst Du morgen um so besser und erfolgreicher Deinem Geschäfte nachgehen und scheint es mir gar nicht fraglich, daß zur Produktion des Reichthums auch seine Konsumtion, nicht nur die nackte Lebensfristung, sondern eine „menschenwürdige" Existenz gehört, welche den Luxus nicht aus-, sondern einschließt. Mir dünkt, so eine Flasche Wein auf dem Tisch ist auch Arbeitsmittel und bringt auch Revenue, sie ist ein wahres Kapital.

Du wirst antworten: Ja, aber nur im weiteren Sinn. Nun ist es eben Zweck meiner Logik, Deinen Sinn zu erweitern.

„Der Theil von der Ernte des Landbesitzers, der zum Verkauf oder für künftigen Samen zurückgelegt ist oder der dem Gesinde zur Nahrung dient und also einen Theil des Arbeitslohnes ausmacht, ist für Kapital zu rechnen, aber nicht der Theil, der dem Verbrauch der eigenen Familie dient."

Das heißt: der elende Unterhalt des Arbeiters gehört in die politische Oekonomie der Kapitalisten, aber der menschenwürdigere Unterhalt, den sich die Prinzipale zulegen, wird ihnen von Gottes Gnaden zu Theil. — Doch der Kapitalist ist Auch arbeiter; seine Diners und Soupers dienen dem Auchproduzenten als Mittel, den Produktionsprozeß schwunghaft zu führen; seine Familie, seine Rangen, sind Produkte und Mittel, die Produktion künftig fortzusetzen. Warum soll nun der Kapitalist nicht nebst Familie und dem ganzen Konsumtionsfond zum Kapital geschlagen werden?

Ich meine, die Oekonomisten definiren den Kapitalbegriff nicht logisch; einestheils viel zu weit, indem sie thun, als hätten die alten Egypter, die Patriarchen, Ritter, Mönche und Kannibalen schon mit Kapital gewirthschaftet, anderseits auch viel zu enge, indem sie den Zusammenhang der Dinge, der Oekonomie und des Lebens überhaupt, total verkennen.

Das ist der Unterschied zwischen der bornirten und unserer, wenn ich so sagen darf, philosophischen Denkweise: dort sind die Dinge und ihre Begriffe gefrorene Eiszapfen, während sie bei uns Fluß und Leben haben.

Kapital heißen die Arbeitsmittel der Gegenwart, die konkurrenzfähigen, welche — um in der Sprache Luther's zu reden — in den Händen der „großen Hänse" zu einem recht lebendigen Großhans geworden sind, der schier alle Welt dominirt. Das Kapital ist heute mehr wie eine ökonomische Kategorie, es ist ein Welteroberer, dem bald eine Demüthigung noththut, damit er nicht ausarte.

Ich mache diesen Ausfall, mein Lieber, um zu zeigen, wie die Tifteleien, welche die Oekonomen betreiben, wohl nöthig ist zur ökonomischen Orientirung, wie es jedoch zur weltweisen Verwendung der Oekonomie noch nöthiger ist, zu merken, daß die Unterschiede zusammenhängen im momistisch Einen.

Es ist klarer wie die burschikose Wurstbrühe, daß die Kapitalisten, obgleich sie „für sich", für ihren Privatsack, arbeiten, doch zugleich die Produzenten der Gesellschaft sind, die nicht nur für sich, sondern für den Markt der Sozietät produziren; sie und ihre literarischen Helfershelfer, der Smith, der Ricardo, der Rau und der Roscher — wenn den letzteren nicht zu viel Ehre angethan ist, sie mit den ersteren in eine Reihe zu stellen — betrachten die Arbeiter nicht als Mitmenschen, sondern als „Hände", und die Oekonomie nicht als Sache, die der Menschlichkeit zu dienen hat, sondern wie die Babylonier den Baal, als herrschenden Götzen. Infolge dieser unmenschlichen Gesinnung sind sie auf den Einfall gekommen, „den Theil der Ernte, der dem Gesinde zur Nahrung dient", d. h. den nothdürftigen Unterhalt des Arbeiters, als Kapitalantheil zu klassifiziren, und allen höheren Lebensgenuß von der Oekonomie auszuschließen.

H. George zwar steckt nicht ganz, nicht bis über die Augen und Ohren in der Engherzigkeit, aber den Kapitalbegriff zu erfassen, will trotz seiner humaneren Gesinnung ihm nicht gelingen. Er versteht nicht, daß die Arbeitsmittel der Gegenwart ganz etwas Anderes sind wie die der Vergangenheit, und in Zukunft ganz noch etwas Anderes werden wollen, er verkennt das „historische Moment." Ebensowenig hat er begriffen, daß Land, Arbeit und Kapital, die Natur, der Mensch und seine Produkte trotz aller Unterscheidung zusammenhängen, dialektisch ineinander- und fortfließen.

Wenn auch die Vermischung und Verwechslung der Privatökonomie mit der Nationalökonomie einem klaren Verständniß vielfach hinderlich ist, mag doch das eine dem andern zum Exempel dienen. Der Kaufmann trennt sein Geschäft von seiner Haushaltung, auch die Geschäftskasse, die der Buchhalter führt, von der Küchenkasse, die er seiner Frau übergeben. Aber wer wird nicht einsehen, wie trotz dieser formellen Trennung beide Kassen zusammen- und voneinanderabhängen? Wenn die Haushaltung das Geld unmäßig verschlingt, muß das Geschäft herhalten, und wenn die Frau wirthschaftet, wirkt es auf den Buchhalter zurück; wie auch anderseits ein fettes Geschäft nicht verfehlen wird, die Küche zu fetten. Weniger noch wie die Küche vom Geschäft ist die Volkswirthschaft vom Gesammtleben zu trennen. Daraus ersieht sich, wie bornirt die Kapitalisten sind, die da glauben, im Sinne der ewigen Wahrheit zu handeln, wenn sie den dürftigen Unterhalt des „Gesindes" in der Oekonomie verrechnen und dann ihre eigenen oft unerhörten Depensen in eine andere Kategorie setzen.

Wohin die Dinge gehören, ob in die nationalökonomische oder in die lebenslustige Rubrik, ist eine logische Angelegenheit, namentlich aber, daß die verschiedenen Rubriken zusammenhängen und ineinanderfließen.

Die Einschränkung der Oekonomie auf die Nothdurft hat Sinn und Verstand, wenn sie begleitet ist von dem gegensätzlichen Bewußtsein ihres Zusammenhanges mit der Geschichte, der Wissenschaft, dem gesammtem Leben und dem Universum, wie anderseits alle Universalität der Spezifikation bedarf, um logisch zu sein. H. George fehlt: bald durch unmäßige Erweiterung der Begriffe ohne den Gegenpol der Grenze, bald durch enge Begrenzung ohne den Gegenpol der Universalität. Du darfst über den Schachteln nicht die Kette, über der Kette die Schachteln nicht vergessen.

J. Dietzgen.

— Durch verschiedene, zum größten Theil in weiteren Parteikreisen bekannte Vorkommnisse sah sich die sozialdemokratische Fraktion, nachdem die Angelegenheit schon vorher in mehreren Sitzungen gründlich erörtert worden war, in ihrer Sitzung vom 7. d. M. veranlaßt, in Ausführung des einschlägigen Kopenhagener Kongreßbeschlusses an Herrn Rittinghausen die Anfrage zu richten:

Ob er im Falle seiner Wiederwahl in den Reichstag sich nicht nur voll und ganz auf den Boden des Parteiprogramms stelle, sondern auch sich der Parteidisziplin, den Kongreß- und Fraktionsbeschlüssen unterwerfe und an allen durch Parteibeschluß herbeigeführten Aktionen betheiligen werde?

Herr Rittinghausen lehnte es ab, die geforderte bindende Erklärung abzugeben. Infolgedessen hat derselbe aufgehört, der Parteivertretung anzugehören, und kann derselbe seitens der Partei nicht mehr als Kandidat für ein Reichstags- oder sonstiges Parteimandat aufgestellt werden.

Berlin, den 9. Mai 1884.

Bebel. Blos. Dietz. Frohme. Geiser.
Grillenberger. Hasenclever. Kayser. Krücker.
Liebknecht. Stolle. Vollmar.*)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 14. Mai 1884.

— Das Recht auf Arbeit ist nun von Bismarck öffentlich proklamirt worden. Natürlich aus Demagogie. Und er hat auch hintennach sich auf das preußische Landrecht zurückgezogen, so daß das Recht auf Arbeit au fond das Recht auf das Arbeitshaus bedeutet. Das kann uns indeß nicht hindern, ihn beim Worte zu nehmen, und von den sozialdemokratischen Abgeordneten ist nachstehender Antrag eingebracht worden:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler aufzufordern, er möge unverzüglich einen Gesetzentwurf einbringen, durch welchen das in der Reichstagssitzung proklamirte Recht auf Arbeit zur Verwirklichung gelangt."

Diese Form des Antrags wurde gewählt, und von einer Wiederaufnahme des in der vorletzten Session geplanten positiven Antrages auf Anerkennung und Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit Abstand genommen, weil das Recht auf Arbeit keine sozialdemokratische Programmforderung ist, und es sich einfach darum handelt, Bismarck und seine Sozialreform ad absurdum zu führen.

— Die zweite Lesung des Sozialistengesetzes, schreibt man uns aus Berlin, bestätigt im vollsten Maaße die Richtigkeit der Auffassung, daß die Verlängerung des Sozialistengesetzes für Bismarck vorzugsweise ein politisches oder taktisches Mittel ist, und nicht Zweck.

In der Sitzung des 9 Mai trat dies klar zu Tage, als der Abgeordnete Richter seine Rede mit den Worten schloß:

„Bei den nächsten Wahlen handelt es sich darum, ob der Liberalismus eine Zukunft hat!"

und Bismarck dem Hauptvertreter des bürgerlichen Liberalismus den Schlachtruf entgegenschleuderte:

„Der Liberalismus hat keine Zukunft, ich werde ihn bekämpfen bis zum letzten Athemzug!"

Die Reden Richters und die Reden Bismarcks waren ein Apell an die Wähler; und wie jener zur Wahl von fortschrittlichen Abgeordneten aufforderte, so faßte dieser am Schluß seiner beiden Reden das erstrebte Ziel in die Aufforderung an die Wähler zusammen:

„Wählt keinen fortschrittlichen Abgeordneten!"

Von Sozialismus und Sozialistengesetz war bei Bismarck und Richter nur ganz nebensächlich die Rede.

Bismarck ging sogar soweit, zu erklären: die Fortschrittspartei sei weit gefährlicher als die Sozialdemokratie!

Die logische Konsequenz dieser unzweifelhaft ehrlich gemeinten Erklärung würde sein, daß Bismarck, anstatt die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu beantragen, dem Reichstag ein Fortschrittlergesetz, d. h. ein Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des fortschrittlichen Liberalismus oder liberalen Fortschrittlerthums vorlegte.

Daß Bismarck dies nicht thut, und die Verlängerung des Sozialistengesetzes, welche für ihn nur eine untergeordnete Bedeutung hat, zum casus belli, d. h. zur Bedingung macht, von deren Annahme oder Ablehnung das Schicksal des Reichstages abhängt, stempelt das Vorgehen desselben zu einem gemeinen Wahlmanöver, und zu einem Attentat auf die Volksvertretung.

Das Attentat auf die Volksvertretung ist gelungen in Folge der Gesinnungslosigkeit und Feigheit der großen Mehrheit der deutschen Volksvertreter.

Die Anträge Windthorst's boten Bismarck eine große Majorität zu Gunsten der Verlängerung auf dem Präsentirteller eines Kompromisses mit dem Zentrum. Obgleich das von dem Zentrum Bismarck Gebotene im Wesentlichen Alles gewährte, was er verlangt, ist der Kompromiß brüske zurückgewiesen, und der Reichstag vor die Alternative gestellt worden: entweder über den Stock springen oder aufgelöst zu werden.

Die Majorität des Reichstags war bereit, sich freiwillig zu fügen, jedoch unter Wahrung des Scheins.

Der Schein soll nicht gewahrt, der Reichstag vor der Nation zur willenlosen „Jasage-Maschine" herabgewürdigt werden.

Im Augenblick, wo wir dies schreiben — Nachmittag des 10. Mai — hat die entscheidende Abstimmung noch nicht stattgefunden. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß der Reichstag mit einer mehr oder minder großen Majorität dem Befehle des frechen Junkers gehorchen, und durch Annahme der Regierungsvorlage sich das Brandmal unauslöschlicher Schande aufdrücken wird.

„Avilir pour asservir" — herabwürdigen, um unter das Joch zu bringen. Der beispiellos gedemüthigte Reichstag wird gleich einem dressirten Pudel, dessen Widerstand durch Prügel gebrochen ist, auch den späteren Befehlen des Herrn und Meisters langsam gehorchen.

Und das will Bismarck.

Hat er eine gefügige Majorität, so braucht er nicht aufzulösen.

Einer nach dem anderen der Zentrumsmänner und „Deutschfreisinnigen" ist, „umgefallen", seit der Reichstag vor das Dilemma: unbedingte Unterwerfung oder Auflösung gestellt ward; einer nach dem Andern hat, mit oder ohne Scham, die tapferen Entschlüsse des vorigen Monats widerrufen und ist bereit, unter dem kaudinischen Joche hindurchzumarschiren.

An Prinzipien wird nicht gedacht: die niedrigsten Erwägungen der Nützlichkeit gaben den Ausschlag.

Verwundern kann uns das nicht. Der Gesammt-Reichstag mit alleiniger Ausnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten, ist der Sozialdemokratie todtfeind; und die Fortschrittler, welche die Verlängerung des Sozialistengesetzes bekämpfen, unterscheiden sich von den Konservativen, welche sie fordern, höchstens dadurch, daß die Meisten von ihnen insgeheim die Verlängerung noch lebhafter wünschen.

Jedenfalls würde es unter den obwaltenden Verhältnissen mit der Würde unserer Partei nicht vereinbar sein, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten sich noch eingehend betheiligt hätten. Dies thun, wo offenbar ein abgekartetes Spiel vorliegt, hieße sich zum Mitschuldigen machen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben deshalb beschlossen, durch eine Erklärung den Standpunkt der Fraktion zu präzisiren und im Uebrigen durch einen einzigen Redner die im Laufe der Debatte vorkommenden Angriffe, welche einer Zurückweisung bedürfen könnten, zurückweisen zu lassen.

Dies ist denn auch geschehen, die Erklärung wurde von Frohme abgegeben und die Abweisung der Angriffe erfolgte durch Geiser. Bei der dritten Lesung wird Bebel in der Generaldebatte noch reden, so weit es nöthig erscheint, und Liebknecht vor der Schlußabstimmung noch eine letzte Erklärung abgeben.

Nachtrag. Consumatum est! Die Schmach ist vollendet; was wir von Anfang an vorausgesehen und vorausgesagt, hat sich erfüllt: der Reichstag hat am 10. Mai nach dreitägiger Debatte mit einer Majorität von 189 gegen 157 Stimmen die bedingungslose Verlängerung des Sozialistengesetzes angenommen.

Für unsere Partei ist die Situation dadurch nicht verändert.

Hoch die Sozialdemokratie!

---

*) Wir sind zu der Mittheilung ermächtigt, daß bezüglich der Angelegenheit Rittinghausen in der sozialdemokratischen Fraktion absolute Einmüthigkeit herrscht und daß die Vorlegung der obstehenden Anfrage einstimmig erfolgt ist.

Beschleunigt wurde die Entscheidung dadurch, daß Herr Rittinghausen sich weigerte, zu dem Aufrufe an die amerikanischen Parteigenossen (behufs Geldsammlungen für die Wahlen) seine Unterschrift zu geben.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat".

— Die „geistigen Waffen" unserer Gegner. Eine Blüthenlese aus der Debatte über das Sozialistengesetz.

Puttkamer: Was ist in diesem Prozeß festgestellt worden? Allerdings die Thatsache, daß die Polizei sich eines moralisch zweifelhaften Subjektes („Zeuge" Horsch ist gemeint), bedient, um hinter gewisse Geheimnisse zu kommen. Das halte ich für ihre Pflicht." (Sehr gut!)

„Der Herr Abgeordnete v. Stauffenberg hat sogar die Güte, anzuerkennen, daß in gewisser Beziehung das Gesetz nützlich gewirkt habe, denn es sei die maßlose öffentliche Agitation mehr von der Oberfläche verschwunden und es sei auch — und das bitte ich besonders zu bemerken — an denjenigen Orten, wo die Agitation noch nicht solchen tiefen Boden gehabt habe, gelungen, sie zum Stehen zu bringen. Ja, meine Herren, wenn der Herr Abgeordnete Freiherr v. Stauffenberg nur die Güte haben will, diesen Gedanken etwas weiter zu verfolgen, dann werden wir uns wahrscheinlich schon auf demselben Wege begegnen. Denn was er als einen ganz schwächlichen und kaum in Anschlag zu bringenden Erfolg bezeichnet, das bezeichne ich in seiner Erweiterung als das eigentlich von dem Sozialistengesetz Beabsichtigte." (Welcher Erfolg?)

„Der „Sozialdemokrat" hat doch ein einigermaßen begrenztes Absatzgebiet; und wenn ich auch wirklich annehme, was ich nicht für unrichtig halte, daß an einer Nummer ein größerer Leserkreis betheiligt ist, so werden Sie immer zu dem Resultate gelangen, daß diese eine Zeitung bei Weitem nicht den verhängnißvollen Einfluß — selbst bei ihrer jetzigen Art der Verbreitung — auf den Volksgeist haben kann, wie jene unterdrückten mit ihren Hunderttausenden von Exemplaren. Daß jene Blätter, die jetzt nicht mehr existiren, sich bis zu einem gewissen Grade eine Zurückhaltung auferlegen mußten, um nicht sofort dem Strafrichter zu verfallen, ändert gar nichts an der Sachlage; denn wer die Geschicklichkeit dieser Art von Preßpiraten kennt, weiß, daß sie das Strafgesetz sehr wohl zu umgehen verstehen, ohne irgendwie in dem giftigen Effekt ihrer Schriftstücke die mindeste Einbuße zu erleiden." — —

Bismarck: „Die Frage ist nur die: wollen Sie die heimliche Agitation allein oder die heimliche und öffentliche Agitation gleichzeitig in den Kampf nehmen? Wir wollen die öffentliche als die gefährlichere, weil sie das Zündmaterial in größerer Masse gleichzeitig entzünden kann, einstweilen — nicht beseitigen, aber nach Möglichkeit vermindern. Zu diesem Zwecke haben Sie vor sechs Jahren das Gesetz bewilligt; zu diesem Zwecke verlangen wir die Verlängerung desselben." (Das nennt man „freien Kampf der Meinungen"!)

Treitschke: „Wir haben durch dieses Gesetz nichts weiter beabsichtigt, als mindestens der systematischen Vergiftung der Massen durch eine Tag für Tag wirkende Agitation wenigstens entgegenzutreten, und diese bescheidenen Zwecke haben wir annähernd erreicht."

„Glauben Sie, daß es gleichgiltig sei, ob der Arbeiter sein Vergnügen — und auf das Vergnügen kommt es hier an — darin finden kann, alle Abende die hetzenden Reden eines sozialdemokratischen Agitators zu hören, oder ob ihm das versagt wird durch ein Gesetz."

„Man muß vielmehr die Gegenfrage stellen: wohin wir gekommen wären ohne dies Gesetz? Soweit ich sehen kann, haben wir das Wachthum dieser Partei verlangsamt."

(Wird fortgesetzt.)

— Die Art, wie die Wahlen im deutschen Reichstage geprüft oder nicht geprüft werden, ist ein wahrer Skandal. Nehmen wir nur den gegenwärtigen Stand der Wahlprüfungsfrage:

Bei den letzten allgemeinen Wahlen, den ersten, die unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes vorgenommen wurden, erlaubten sich die Behörden notorisch die ärgsten Gewaltübergriffe, und es fanden sich flagrante Ungesetzlichkeiten statt, daß der Reichstag einen großen Theil der Wahlen beanstanden mußte. Von diesen Wahlbeanstandungen sind nun bis jetzt die wenigsten erledigt: mindestens ein Dutzend schwebend noch und darunter 6—7, die ohne Zweifel zur Kassirung der Wahl führen müssen. Wir stehen jetzt in der letzten Session, und es ist äußerst wahrscheinlich, daß wenn auch die Session sich bis in den August hinein einschleppt, der Reichstag bis zu seinem Schluß nicht mit den Wahlprüfungen fertig sein wird. Und nun bedenke man, daß die Mitglieder, deren Mandate beanstandet sind, die ganze Zeit über nicht blos sind mitreden, sondern mitstimmen. Wie viele Beschlüsse sind also während der Legislaturperiode dieses Reichstages mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen gefaßt worden! Es ließe sich leicht nachweisen, daß gar viele unter diesen Beschlüssen ganz anders ausgefallen wären, wenn Abgeordnete, deren Mandat seitdem kassirt werden mußte, nicht stimmberechtigt gewesen wären.

Auf das Widersinnige und Ungerechte eines solchen Zustandes ist von den Vertretern unserer Partei schon wiederholt aufmerksam gemacht worden, und sie haben es auch an Vorschlägen zur Abhilfe nicht fehlen lassen.

Gegenwärtig ist das Verfahren so: Bei seinem Zusammentritt werden sämmtliche Mitglieder des Reichstages sieben verschiedenen Abtheilungen zugetheilt, von denen jede einen Theil der Wahlakten zu prüfen hat. Diejenigen Wahlen, gegen welche keine Proteste eingelaufen und bei denen keine Unregelmäßigkeiten zu bemerken sind, werden von den betreffenden Abtheilungen erledigt, d. h. dem Plenum zur Giltigerklärung empfohlen, worauf die Giltigkeit natürlich sofort ausgesprochen wird. Solche Wahlen, gegen welche binnen der vorgeschriebenen Frist (vierzehn Tage nach dem Zusammentritt des Reichstags) ein Protest eingelaufen ist, werden vor die zu diesem Zweck von jedem Reichstag besonders erwählende Wahlprüfungskommission von 28 Mitgliedern verwiesen, die dann die in dem Protest enthaltenen Thatsachen und Behauptungen zu prüfen und, je nach deren Wesen und Tragweite, entweder die Beanstandung oder die Giltigerklärung zu beantragen hat. Wird die Beanstandung verworfen oder die beantragte Giltigerklärung ausgesprochen, so ist die Sache zu Ende. Wird aber die Beanstandung beschlossen, so hat die Reichsregierung die Untersuchung der Thatsachen und Behauptungen, die zu der Beanstandung geführt haben, anzuordnen, und wenn das Resultat dieser Untersuchung vor den Reichstag gelangt, wird von der Wahlprüfungskommission der endgiltige Antrag auf Giltig- oder Ungiltigkeitserklärung gestellt, und von dem Reichstag schließlich die endgiltige Entscheidung getroffen.

Die Schwerfälligkeit dieses Verfahrens leuchtet sofort in die Augen und bedenkt man, daß weder dem Reichstag, beziehentlich der Wahlprüfungskommission, noch der Regierung eine Maximalfrist für die betreffenden Prüfungen und Nachforschungen vorgeschrieben ist, so leuchtet es ein, daß die Wahlprüfungen bis zum St. Nimmerleinstag, d. h. bis zum Schluß einer Legislaturperiode hinausgeschleppt werden können. Und das ist denn in der gegenwärtigen, jetzt ihrem Schluß entgegengehenden Legislaturperiode in einem Maße geschehen, wie in keiner der früheren.

Um diesem Unfug zu steuern, gibt es nur ein Mittel: Festsetzung einer Maximalfrist für die Prüfungskommission des Reichstags und für die behördliche Untersuchung; und außerdem Suspension der Stimmberechtigung für die Dauer der Beanstandung.

Vom Genossen Hasenclever wurde ein Antrag in diesem Sinne seitens der sozialdemokratischen Fraktion angekündigt.

— Die Unfehlbarkeit der Richter ist in gewissen Kreisen ebenso zum Axiom, zum Dogma, geworden wie bei den gläubigen Katholiken die Unfehlbarkeit des Papstes und bei den Fanatikern des parlamentarischen Konstitutionalismus die Unfehlbarkeit des Monarchen. Bei den letzten Reichstagsdebatten über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und die Wiederherstellung der Berufsinstanz trat diese theologisch-phantastische Anschauung wieder recht aufdringlich zu Tage. Jedes Wort, das einen Zweifel an der Unfehlbarkeit unserer Herren Richter ausdrückte, wurde selbst von sogenannten Fortschrittlern mit Mißtrauen aufgenommen. Daß kein Mensch unfehlbar ist, daß das Sprüchlein Irren ist menschlich, noch zu Giltigkeit besteht, das wird zwar gnädigerweise zugestanden, allein man hat sich eine förmliche Theorie zurecht gemacht, um die Unfehlbarkeit der Richter mit der Fehlbarkeit der Menschen in Harmonie zu bringen oder doch zusammenzureimen. Der Richter gleich dem katholischen Priester theilt sich in zwei Personen, eine irdische und eine überirdische — Verzeihung! — eine bürgerliche und eine amtliche. Als bürgerliche Person ist er ein gewöhnliches Menschenkind, dem die menschlichen Gebrechen anhaften und das auch irren und fehlen kann, wie jedes andere gewöhnliche Menschenkind. Von dem Moment an, wo er den Richterrock (oder wie das Wundergewand mit seinem richtigen Titel heißt) anzieht, zieht er — nicht den alten Menschen aus und einen neuen an, sondern er zieht überhaupt den

Menschen aus, legt alles Menschliche ab und wird ein übermenschliches, überirdisches Wesen, das frei ist von den Gebrechen des Fleisches, das keinen Leidenschaften unterworfen ist, Haß ebensowenig kennt wie Liebe und nur nach dem abstrakten „ewigen Recht" urtheilt. Es ist dies eine kindische Vorstellung. Wer aber daran rüttelt und die Fehlbarkeit aller und die Parteilichkeit vieler Richter konstatirt, über den wird Zeter geschrieen!

Es ist charakteristisch, daß sogar radikale Abgeordnete über den Genossen Kayser entrüstet sind, weil derselbe neulich einem Theile der Richter Hochmuth und Arroganz vorwarf. Namentlich erregte es aber Zorn, daß er die persönliche Haftbarkeit der Richter in Fällen ungerechter Rechtsprechung forderte. Warum soll der Richter nicht ebenso gut haftbar sein für die Folgen seiner Handlungen, wie jeder andere Mensch, z. B. ein Arzt? Der Stand der Aerzte ist doch fürwahr durchschnittlich mindestens ebenso gewissenhaft wie der der Richter. Aber die Herren Juristen können sich nicht gewöhnen, die Richter als gewöhnliche Menschen zu betrachten.

— Ein Antrag der Polen auf Einführung der polnischen Sprache als Gerichtssprache wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützt. Bei den Verhandlungen über den Antrag sprach Abgeordneter Rittinghausen zu Gunsten des Antrags und verwies dabei auf seine Erfahrungen in Belgien, wo früher durch Unterdrückung der von den Volksmassen in verschiedenen Landestheilen gesprochenen vlämischen Sprache bei Gericht die ärgsten Mißstände erzeugt worden seien. Zwischen den französisch sprechenden Richtern einer- und den vlämisch sprechenden Angeklagten und Zeugen anderseits sei es zu häufigen Mißverständnissen gekommen, welche nicht selten zu ungerechten Urtheilen und Rechtsbenachtheiligungen geführt hätten. Sobald man dies eingesehen, habe man die vlämische Sprache als Gerichtssprache neben der französischen anerkannt.

Der Antrag fiel natürlich durch.

— Wie die Pfaffen über Volksbildung denken. Der Brünner „Volksfreund" berichtet Folgendes: Vor Kurzem sprach sich der „Mährisch-schlesische Volksbote", der mit Approbation der fürsterzbischöflichen Behörde erscheint, in der nachstehenden Weise aus:

„Wilde Menschen darf es in der Gesellschaft nicht geben, aber einfache, die nicht acht oder zehn Jahre in der Schule herumhocken; für die untersten Schichten genügt die Schule des Lebens.

Die bekannten fünf Stücke, welche nach dem Katechismus jeder Mensch wissen muß, reichen noch immer zur Seligkeit aus. Den gleichen Unsinn, als ob man jedes Stückchen Boden kultiviren wollte, betreibt man in der sozialen Welt. Alles muß kultivirt sein, man muß Lesen und Schreiben und Zeichnen und Naturkunde betreiben.

Wenn alle Welt hoch kommen will, dann darf man sich nicht wundern, daß es an echten Knechten und Mägden fehlt. Es muß dann der Herr Baron seine Senkgrube selber ausschöpfen (schrecklich!) und die Frau Baronin ihre Küche mit eigener Hand reinigen; denn Leute, welche moderne Schulbildung haben, mögen dies nicht thun.

Es muß eben auch in der Menschenwelt Wälder und Haine geben und wer Stallmägde und Pferdeknechte will, der darf nicht alle Welt zu Studenten und Pensionsschülern machen.

Es muß Ungebildete geben. (!)

Was brauchen wir nothwendiger als landwirthschaftliche Arbeiter, Bauerknechte und Bauernmägde?

Die Schule rottet sie allgemach aus.

So weit hat man den Leuten den Kopf verrückt, daß es als eine Pflichtverletzung erscheint, wenn Eltern ihre Kinder ländliche Dienstboten werden lassen.

Die Schulwuth hat es dahin gebracht, daß es als ein gesellschaftlicher Makel gilt, nichts gelernt zu haben, d. h. ein Knecht oder eine Magd geworden zu sein.

Kein Wunder, daß wir solchen Verheerungen entgegentreten, gegen welche die Ueberschwemmungen in Tirol reines Kinderspiel sind.

Schonet die Wälder und hütet Euch, Alles kultiviren zu wollen, schonet aber auch das natürliche Volksthum und hütet Euch, alle Welt mit Eurer Schulbildung zu beglücken. Beides ist ein gewaltsamer Eingriff in den Haushalt und die Gesetze der Natur, eine Störung des Gleichgewichts der Kräfte." —

Also keine Störung des Gleichgewichts, fügt unser Bruderorgan hinzu. Die Dummheit muß künstlich gezüchtigt werden, damit gewisse Leute bequem leben können! Weiterer Kommentar in Anbetracht unserer „Preßfreiheit" nicht möglich.

Und wir meinen, ein weiterer Kommentar ist für Den, der lesen kann, auch nicht nöthig.

— Schwarze und weiße Lohnsklaven. In der Jute-Industrie von Dundee (Schottland) herrscht, schreibt die Londoner „Justice", große Krisis, und die Fabrikanten, die von dem Schweiße ihrer Arbeiter große Vermögen angesammelt, suchen jetzt die Löhne derselben auf das Niveau der Kulis von Kalkutta herabzudrücken.

Nach dem letzten Bericht des Fabrikinspektors ist das Lohnverhältniß zwischen Dundee und Kalkutta folgendes:

	Kalkutta 52 Stunden pro Woche.		Dundee 56 Stunden pro Woche.	
	Sh.	Pence	Sh.	Pence
Zubereiter des Rohstoffs	2	$10^1/_2$	10	6
Spinner	5	$10^1/_2$	11	—
Warp-Spuler	2	$7^1/_4$	6	9
Weft-Spuler (Stückarbeit)	6	6	14	—
Weber (Stückarbeit)	9	—	12	—
Warmhausarbeiter	5	—	14	—
Arbeitsleute	4	—	20	—

„Selbst ein Philanthrop wird die Löhne von Dundee nicht übertrieben hoch finden. Aber die gewiegten Kapitalisten, die in Dundee und Kalkutta Fabriken haben, spielen die niedrigen Löhne der indischen Arbeiter gegen die europäischen Kulis, und die höhere Leistungsfähigkeit dieser gegen die indischen Arbeiter aus, um hier wie dort mehr Profit aus ihren weißen und schwarzen Lohnsklaven herauszuschinden. Welche großartigen Wohlthäter der Menschheit, diese Fabrikanten!"

Die Lohnvergleichtabelle ist auch interessant, um zu beobachten, wie der Unterschied zwischen qualifizirten und unqualifizirten Arbeitern immer mehr in Wegfall kommt, je mehr die kapitalistische Industrie sich in einem Lande entwickelt. Während in Indien die Löhne zwischen 3 Sh. bis 9 Sh. differiren, finden wir in Schottland fast gleiche Löhne, abgesehen von den Weft-Spulern (wahrscheinlich Frauen), und den Arbeitsleuten, die in Indien zu den schlechtestbezahlten Arbeitern gehören, in Schottland aber am besten bezahlt werden. Warum? Augenscheinlich weil in dem hochindustriellen Schottland der kräftige Arbeitsmann seltener zu finden ist als der von Jugend auf in der Fabrik eingepferchte, körperlich verkümmerte „qualifizirte" Arbeiter.

— Anarchistisches. Seit einigen Wochen erscheint in Genf ein anarchistisches Blatt, betitelt „Die Explosion", das sich zur Aufgabe gestellt hat, Alles zu überbieten, was je in puncto hyperrevolutionärer Phrasen geleistet wurde. Die deutsche Regierungspresse beeilte sich schleunigst, den ehrbaren Spießbürger mit Abdrücken aus diesem fürchterlichen Dynamitorgan graulich zu machen, und die französische Regierung wußte nichts Besseres zu thun, als die Verbreitung desselben zu untersagen. Gegen dieses Verbot nun wendet sich in der „Sentinelle" der französische Sozialist Chauvière (Blanquist) in einem sehr witzigen Artikel, betitelt: „Gebt uns unser Witzblatt zurück!"

Es fehlt uns der Raum, diesen Artikel, der die Dynamitliteratur mit wohlverdientem Spott charakterisirt, vollständig wiederzugeben. Einiges daraus glauben wir aber doch unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

Chauvière beginnt damit, die Seelenverwandtschaft der „Explosion" mit der „Revolution sociale" von 1880 nachzuweisen, deren Redakteur (Spilleux) sich bekanntlich plötzlich als Polizeiagent entpuppte. Hier wie dort Rezepte, wie man Gebäude in die Luft sprengt, hier wie dort der Rath, keine Schulden mehr zu bezahlen, zu stehlen, zu morden ꝛc. Selbstverständlich fehlt auch nicht die Drohung, alle Andersdenkenden zu füsiliren.

„Rechnen wir einmal", sagt Chauvière, „wer Alles füsillirt werden wird:

Die Bourgeois, weil sie keine Anarchisten sind.
Die Priester, weil sie keine Anarchisten sind.
Die Possibilisten, (Arbeiterpartei) weil sie keine Anarchisten sind.
Die Minimunards (Kommunisten), weil sie keine Anarchisten sind.
Die indifferenten Arbeiter, weil sie keine Anarchisten sind.
Die Blanquisten, weil sie keine Anarchisten sind.

Bleiben nur übrig die Anarchisten und die Leute „ohne Vorurtheile", die Diebe, Mörder, Zuhälter genannt werden.

Aber noch mehr, die kommunistischen Anarchisten werden die individualistischen Anarchisten füsiliren oder diese die kommunistischen Anarchisten. Wer's bezweifelt, lese die anarchistischen Organe.

Es bleiben also schließlich nur die „Leute ohne Vorurtheil" übrig, und die Spitzbuben, Zuhälter ꝛc. werden die Gesellschaft reorganisiren und in der gesäuberten Gesellschaft die Harmonie errichten.

Ist das nicht heiter?

Warum verdirbt uns der Minister ein so harmloses Vergnügen, einen so unschuldigen Genuß? Möge er einen 50u Eingangszoll auf jedes Exemplar erheben, wenn er Geld für seine Mouchards braucht, aber ziehe er sein dummes Dekret zurück.

Die „Explosion" gefährlich!

Geht doch!

Ich habe in Brüssel (Chauvière hatte als Kommuneflüchtiger in Belgien gelebt) einen schrecklichen Anarchisten gekannt; er ist noch immer schrecklich. Eines Tages wollte er wissen, was Dynamit sei, und verschaffte sich daher sechs Patronen und die Lunte dazu. Aber er bekam Angst, und lief zu mir, die Sache bei mir zu verstecken. Mich genirte dieses gefährliche Spielzeug, und weil ich fürchtete, mein Jüngstes könne sich eines schönen Tages darüber machen, nahm ich die Patronen und veranstaltete ein lustiges Feuerwerk. — — — Glaubt man, daß mein Anarchist je etwas von mir zurückgefordert hätte? Keine Idee! Der Mann war froh, die Sache auf eine so bequeme Weise losgeworden zu sein.

Er hatte sehen wollen und hat gesehen. Das genügte; jetzt hält er gewaltige Reden. Das ist ein Fortschritt. Ich gratulire ihm dazu, denn das ist ja so ungefährlich! Die Gewaltsamkeit entweicht dem Gehege seiner Zähne, so daß nichts mehr in ihm drinn bleibt. Und ganz so ist es mit seinesgleichen, so daß ich oft, wenn ich diese Albernheiten wichtigthuerisch auspacken höre, mich darüber wundere, daß Leute so dumm sind, sich darüber zu beunruhigen oder sich anzustellen, als ob sie es seien." — —

Seitdem Chauvière dies geschrieben, zirkulirt in der französischen Presse eine Erklärung der in Paris lebenden italienischen Anarchisten, daß hinter der „Explosion" Niemand Anders steht, als zwei Individuen, Namens Carrattoni und Terzaghi, beides wiederholt entlarvte Polizeiagenten!

Man sieht, wer vor Allem ein Interesse daran hat, daß der Dynamit- und Räuberkultus kein Ende nimmt!

— Oesterreich. Eine neue Infamie gegen die Arbeiterpresse. Oesterreich hat in Preßsachen das sogen. objektive Verfahren. Die Staatsanwaltschaft konfiszirt Artikel als staatsgefährlich, es braucht aber keine Anklage gegen den Verfasser oder Herausgeber erhoben zu werden, so daß die unabhängige Presse schutzlos und ohne Appell der Willkür der Regierungssubjekte preisgegeben sind.

Bisher haben nun viele Blätter, und namentlich die Arbeiterblätter, sich damit geholfen, daß sie eine zweite Auflage der betreffenden Nummer veranstalteten und in dieser die beanstandeten Artikel oder Stellen einfach fortließen. Damit ist aber den österreichischen Polizeiseelen noch nicht gedient. Die Blätter sollen durch die Konfiskation noch mehr geschädigt, dem Publikum aber der vielsagende Anblick der weißen Stellen von jetzt an entzogen werden. Die neueste Nummer des Brünner „Volksfreund" enthält an ihrer Spitze folgende Mittheilung:

„Laut einer unserem Redakteur mündlich mitgetheilten Ministerialverordnung dürfen in Zukunft jene Stellen des Blattes, die von der k. k. Staatsanwaltschaft konfiszirt werden, nicht mehr, wie es bisher üblich war, weiß erscheinen, sondern müssen mit einem anderen Texte ausgefüllt werden. Abgesehen von einer Mehrauflage, die uns für den Satz durch diese Verordnung im Falle einer Konfiskation erwächst, dürfte es sich nur zu oft ereignen, daß, falls größere Artikel konfiszirt werden und die Auffüllung der betreffenden Stellen längere Zeit in Anspruch nimmt, in der Herausgabe des Blattes eine Verzögerung eintritt. Wir ersuchen die geehrten Leser im Vorhinein, uns in solchen Fällen zu entschuldigen, da, wie aus dem Obigen zu ersehen, es nicht durch unsere Schuld geschieht."

Die Leser des „Volksfreund" werden sicherlich durch verstärktes Eintreten für die Verbreitung dieses wackeren Arbeiterblattes diesen Streich der Regierung matt zu machen wissen, und die edle Absicht — zu dem Uebrigen schreiben!

— Frankreich. Die Stichwahlen in Paris haben unseren Erwartungen nicht ganz entsprochen. Nur Baillant drang im 20. Arrondissement mit 2508 Stimmen durch. Der Arbeiterverband (Possibilisten) hatte die Kandidatur Reties nicht zurückgezogen, blieb aber mit 1582 Stimmen im Hintertreffen. Im Ganzen vereinigten somit die Sozialisten in diesem einen Bezirk über 4000 Stimmen gegen 1567 opportunistische. Joffrin unterlag im 18. Arrondissement dem Radikalen Simonneau mit 2373 gegen 2452 Stimmen, am 4. Mai hatte er 2595 Stimmen erhalten. Im 15. Arrondissement unterlag Chauvière (Blanquist) mit 705 gegen 702 Stimmen und im 13. Arrondissement Sorns mit 703 gegen 734 Stimmen.

Es sind somit im Ganzen im Pariser Gemeinderath vertreten:

134,000 Radikale durch 42 Vertreter, 81,000 Opportunisten durch 26, 14,000 Reaktionäre durch 10 und 39,000 Sozialisten durch — 2 Vertreter.

In Roanne hat die Arbeiterpartei bei der Stichwahl ihre ganze Liste durchgesetzt. Der Sieg erhielt noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß an der Spitze der Gewählten Fouilland, einer der eifrigsten und infolgedessen von der Bourgeoisie am meisten gehaßten Arbeiter-Organisatoren steht. Um seine Wahl zu hintertreiben, hatte man ihn sofort, als er vom Kongreß zu Roubaix heimkehrte, verhaftet, ihn unter Anklage wegen Mißhandlung eines Polizisten gestellt, und trotzdem er sein Alibi überzeugend nachwies, zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt! In ihrem blinden Haß gingen die Richter so weit, dem Advokaten Fouilland's, der plötzlich nach Paris berufen wurde, entgegen der bisher geübten Praxis, einen Aufschub von einigen Tagen rundweg abzuschlagen, so daß Fouilland in der Untersuchungshaft jedes Rechtsmittels beraubt war.

Die Arbeiter Roanne's haben auf diese Infamie die beste Antwort gegeben, indem sie ihren braven Genossen in den Gemeinderath wählten.

— Schottland. Lohnreduktion und kein Ende. Auf allen Schiffswerften in Clyde, schreibt die Londoner „Justice", sollen die Löhne der qualifizirten Arbeiter um $^1/_2$ Penny (5 Pfg.), der Arbeitsleute um $^1/_4$ Penny pro Stunde und der Stückarbeiter um 10 Prozent herabgesetzt werden. Da mehr als zwölftausend Menschen arbeitslos sind, so wird die Lohnreduktion aller Wahrscheinlichkeit nach von den Arbeitern akzeptirt werden!

Ebenso ist den Arbeitern der Glasgower Eisenwerke in Motherwell eine Lohnreduktion angezeigt worden.

— Sozialistische Presse und Literatur. Von dem „Westnik Narodnoi Woli" (Bote des Volkswille) liegt uns jetzt der zweite Band vor. Derselbe enthält u. A.: 1) K. Tarasoff: „Der politische und ökonomische Faktor im Leben der Völker" (polemisirt u. A. gegen den Marx'schen Materialismus); 2) M. Debagori Mokrievitsch: „Zwei Jahre aus meinem Leben" (Schluß); 3) Peter Lawroff: „J. S. Turgenjew und die Entwickelung der russischen Gesellschaft"; 4) N. M.: „Die Lage der Bauern im Ural"; 5) P. Axelrod: „Der Sozialismus und das Kleinbürgerthum" (Schluß); 6) L. Tichomiroff: „Was haben wir von der Revolution zu erwarten?"; eine allgemeine Rundschau aus der Feder Lawroff's, verschiedene kleinere Aufsätze, Rezensionen, Gedichte ꝛc. ꝛc.

Aus Bukarest erhalten wir das erste Heft einer sozialistischen Zeitschrift: „Revista sociala". Redakteur derselben ist der rumänische Sozialist Professor J. Radejde. Außer einem Vorwort der Redaktion enthält die Revue einen Aufsatz: „Marx und unsere Oekonomen"; eine Biographie von Ferdinand Lassalle; eine Skizze über das Eigenthum (nach dem Französischen des Dr. Lekourneau), und ein Artikel über die kommunalistische Bewegung von 1871 in Frankreich.

Wir heißen den neuen Mitstreiter bestens willkommen.

Nachruf.

Paul Lossau todt!

Eine Nachricht, die in weitesten Parteikreisen mit großem Bedauern aufgenommen werden wird, bringt uns die neueste amerikanische Post: Paul Lossau, der begabte Redakteur der „Berliner Freien Presse", ist in der Blüthe seiner Jahre in Philadelphia der Schwindsucht erlegen.

Unser Bruderorgan, die „Newyorker Volkszeitung", widmet dem Verstorbenen folgenden Nachruf:

„Paul Lossau ward im Kreise Braunsberg in Ostpreußen geboren. Zum Mediziner bestimmt, hatte er das Abiturienten-Examen am Gymnasium mit gutem Erfolge absolvirt und bereits einige Zeit an der Universität zugebracht, als sein Vater starb und eine damit eingetretene ungünstige Veränderung in den Vermögensverhältnissen der Familie ihn zwang, seine Studienlaufbahn zu unterbrechen. Von da an wendete er sich der journalistischen Laufbahn zu. Von Anfang an, soweit als sich die Gelegenheit bot, den freisinnigsten Tendenzen huldigend, sehen wir ihn zuerst als Mitredakteur am „Bürger- und Bauernfreund" in Gumbinnen*), dem fortgeschrittensten Blatte, welches damals in Ostpreußen erschien; die Tendenz dieser Zeitung bildete einen Uebergang von der absterbenden bürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie. Da wirkte unser verblichener Freund bis zum Jahre 1876. In diesem Jahre wurde von den Sozialdemokraten Berlins die „Berliner Freie Presse" gegründet und Lossau von Anfang an zur Mitarbeit in der Redaktion berufen. Von der Parteileitung später an die Spitze des Redaktionspersonals des soeben gegründeten Stuttgarter Parteiblattes gestellt, finden wir ihn dort, in der schwäbischen Hauptstadt, auf dem Posten, als nach den Attentaten der Reaktionssturm mit dem Ausnahmegesetze herandrauste. Kurze Zeit hielt sich die „Süddeutsche Presse" noch unter Lossau's Leitung als farbloses Lokalblatt, wurde aber doch bald verboten, worauf gleich vielen anderen Gehetzten auch unser Freund über das große Wasser nach Amerika übersiedelte.

Lossau hatte, soweit wir ihn kannten, niemals die Hoffnung aufgegeben, dereinst wieder nach dem alten Vaterland zurückkehren zu dürfen, um dort mit theilzunehmen an der Entscheidungsschlacht im „letzten heiligen Krieg". Nun muß er doch in der amerikanischen Erde, schon als 36-jähriger, hoffnungsvoller Mann seine letzte Ruhestätte finden! Bald nach Lossau's Ankunft in Newyork fand diese tüchtige Kraft Verwendung in der „Newyorker Volkszeitung", deren Sonntagsblatt er zeitweise redigirte."

Die von dem nun entschlafenen Freunde in allen Funktionen bewiesene Fähigkeit und Urbanität machte ihn für alle seine Mitarbeiter an unserem Blatte zu einem stets werthvollen und herzlich geschätzten Kollegen, den wir ungern scheiden sahen, als er nach Philadelphia ging, um die Leitung des dortigen parteigenössischen „Tageblatts" zu übernehmen. Dort in seiner Berufsthätigkeit bei einem deutschen Volksfeste auf der Journalisten-Tribüne anwesend, erfuhr ihm das Unglück, welches denn auch den Grund zur Ursache seines Todes gelegt hat. Die Tribüne stürzte ein und Lossau erhielt schwere Verletzungen in der Brust, von denen er nie wieder genas.

In dem Gestorbenen verliert die Sache der Arbeiter und speziell die sozialistische Arbeiterpartei einen ihrer talentvollsten Schriftsteller, einen durchaus ehrlichen Charakter, und viele von unseren Lesern, wie wir selbst, verlieren in ihm einen treuen lieben Freund, der nicht vergessen werden soll."

Auch die Genossen in Deutschland werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

*) Hier ist eine kleine Ergänzung nothwendig. Der „Bürger- und Bauernfreund" erschien in Insterburg; von da trat Lossau zunächst in die von John Reitenbach-Plicken herausgegebene „Reichs-Spinnstube" ein, auf die das Folgende eher paßt.

— **Königsberg.** (Wie die Sozialdemokratie ihrer Todten gedenkt.) Am 1. Mai, dem Geburtstage Johann Jacoby's, wurde dessen Grabstätte durch zwei schöne Kränze geschmückt — der eine von unserem in Zürich lebenden Freunde John Reitenbach, der andere von den hiesigen Genossen gewidmet.

Vorige Woche erfreute uns Genosse Vollmar mit seinem Besuch und hielt in einer sehr gut besuchten Versammlung der Tischler einen Vortrag über die Arbeitsversicherung.

Eine in den Kneiphöf'schen Gemeindegarten einberufene Volksversammlung, in der Genosse Godan über den Normalarbeitstag sprechen sollte, ist von der Polizei auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden.

— **Leipzig,** im Mai. Am 22. v. M. Abends fand hier in der Tonhalle eine sehr gut besuchte Metallarbeiter-Versammlung statt, behufs Gründung eines Fachvereins, in welcher sich auch eine sehr große Menge Geheimpolizisten befanden, die sich nachher sämmtlich in die Einzeichnungslisten mit eintrugen. Es glückte, einen mit Namen und Stand zu erwischen, dessen Signalement hiermit folgt:

Moritz Wendel oder Wendler, Techniker, thätig in Plagwitz, wohnhaft in Lindenau. Alter: 45 Jahr, Augen: blau, gesundes, volles Gesicht, mehr rund als oval, Bart: hellblond, voll mit Schnurrbart. Er macht den Eindruck eines wohlsituirten Herrn, spricht auch Englisch, und ist groß von Statur.

Da nun dieses Manöver in allen Vereinen vorkommen wird, so mögen Maßnahmen getroffen werden, die Plänchen zu vereiteln.

— **Aus Baden.** Die Fürsorge der herrschenden Klassen für die Arbeiter. Wie überall im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte, so will man auch in dem badischen Ländchen die bürgerliche Gesellschaft vor der vorhandenen sozialen Gefahr schützen, und was gibt es nicht alles für Vereine, die zu diesem „Schutze" ins Leben gerufen worden sind! Speziell auf wirthschaftlichem Gebiete sucht man durch Antibettelvereine, Naturalverpflegungsstationen und Arbeiterkolonien der „Vagabondage" abzuhelfen. So stand denn vor einigen Wochen in den badischen Zeitungen der Aufruf zur Gründung einer badischen Arbeiterkolonie, zu der bereits die „hohen" und „allerhöchsten" Herrschaften „reiche" Gaben beigesteuert haben sollen. Da es aber trotz der „reichen" Gaben noch nicht langt, so wird der Bettelsack mit bekannter Virtuosität geschwungen, damit auch die Bevölkerung ihr Theil beisteuert.

Wir Sozialdemokraten, die Anhänger und Verfechter des wissenschaftlichen Sozialismus, sehen diesen krampfhaften Bemühungen der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung des status quo mit Hohnlächeln zu; wissen wir doch, daß nichts den Bankerott der herrschenden Gesellschaft verhindern kann, daß die Verhältnisse sich naturgemäß so gestalten müssen, wie sie der Sozialismus vorhersagt, und daß der endliche Sieg unserer Sache sicher ist.

Es ist deshalb nicht nöthig, über den Werth oder Unwerth der verschiedenen Palliativmittel zur Bannung des immer sichtbarer werdenden „rothen Gespenstes" viel Worte zu verlieren; für heute wollen wir uns nur den Zweck der Arbeiterkolonien etwas näher ansehen. Was unsre Gegner mit der Errichtung dieser Kolonien erreichen wollen, liegt für die denkende Arbeiterklasse klar zu Tage: sie bilden ein neues Glied in der ununterbrochenen Sklavenkette, an der man uns Arbeiter gefesselt hält.

Die Pfaffen, die ja in diesen Anstalten dominiren, benutzen die Gelegenheit, um die darin zeitweilige Unterkunft suchenden unglücklichen Opfer unserer herrlichen kapitalistischen Produktionsweise nach Möglichkeit fromm zu machen, d. h. zu verdummen und sie mit ihrem Schicksal zufrieden zu stellen, indem man ihnen für die irdischen Leiden eine Anweisung auf den Himmel präsentirt. Das alte Lied! Daß nur die niedrigste Heuchelei erzogen wird, ist selbstredend, und diejenigen, die am besten heucheln können, erhalten dann eine Art Aufseherposten. Dem Bourgeois endlich sind die Arbeiterkolonien ein gutes Mittel, um billige Arbeitskräfte zu haben und den Arbeiter zum willenlosen Menschen herabzudrücken, der ohne zu denken und zu murren, sich für einen er-

bärmlichen Hungerlohn zu Tode schindet; kurz, sie sehen diese Kolonien sozusagen für Erziehungsanstalten an, bestimmt, eine Art Musterarbeiter zu schaffen, wie er einem Kapitalistenhirne als Ideal vorschwebt: den europäischen Kuli. –

Daß dies nicht übertrieben, weiß Jeder, der die Sache kennt, und wie man es macht, um in den Kolonien diesen Zweck zu erreichen, das sagen uns eben die Gründer der projektirten badischen Anstalt. Infolge des Aufrufes haben sich verschiedene Lokalkomites gebildet, denen die Aufgabe zufällt, die „patriotischen" Bourgeoisherzen in Betreff des Geldpunktes warm zu machen, und die deshalb wieder diesbezügliche Aufrufe erlassen.

Lesen wir nun den vorige Woche erschienenen Aufruf des Konstanzer Komites einmal, das von Männern aller bürgerlichen Parteien in schönster Eintracht unterzeichnet ist, und reproduziren wir nur eine Stelle daraus, sie wird genügen:

„Die Wurzel aller Uebel ist die gezwungene oder freiwillige Arbeitslosigkeit, und die Arbeiterkolonie bietet den freiwillig darum Nachsuchenden die Arbeit an, unter strenger Zucht und knapper Kost, und ermöglicht so die Wiederherstellung des ehrlichen Namens und des Arbeitskredits."

Das ist die genialste und doch so einfache Lösung der sozialen Frage: Arbeitshäuser, in die man die Arbeiter sperrt und sie bei harter Arbeit mit Hieben und Wasser und Brod traktirt.

Bravo! Ihr Herren! rufen wir. Das ist verständlich gesprochen, da habt ihr eure lügnerische Humanitätsmaske abgeworfen und zeigt euch in nackter Brutalität. Hoch lebe die neunschwänzige Katze!

Merkt Euch, ihr deutschen Arbeiter, was man Euch zu bieten wagt: „strenge Zucht bei knapper Kost!"

Und wer bietet Euch das? In erster Linie als Vorsitzender des Konstanzer Lokalkomites der Münsterpfarrer Brugier, der sich durch sein „leutseliges" oder besser gesagt, heuchlerisches Benehmen leider eine gewisse Popularität erworben hat. Die Genossen in Konstanz werden dafür sorgen, daß dieser Ausdruck echt christlicher Bruderliebe gebührend gewürdigt wird.

Von den andern Unterzeichnern des Aufrufes, dem Oberpostdirektor Eckardt, Ministerialrath Engelhorn, Oberbürgermeister Winterer (alle drei nationalliberal) und dem christlich-konservativen Landgerichtspräsidenten v. Stösser wollen wir weiter nichts erwähnen, da ihre Arbeiterfreundlichkeit schon bekannt ist.

Diese saubere Gesellschaft hätte wahrscheinlich nicht nöthig gehabt, durch die Blume zu sprechen; warum sagen sie denn nicht offen: Hiebe bei Wasser und Brod?! Oder verstehen sie etwas anderes unter strenger Zucht und knapper Kost? Nein!

Merkt Euch, Arbeiter, diese Fürsorge der herrschenden Klassen; das ist die „Sozialreform", wie sie der Bourgeois auffaßt, und an der unser hinterpommerischer Deichhauptmann seine helle Freude haben kann.

Kommt also herein in die Arbeiterkolonien, alle, die ihr arbeitslos auf der Landstraße umherirren müßt, hier wird Euch nicht nur Gelegenheit zu strammer Arbeit geboten, sondern man prügelt Euch auch bei Wasser und Brod Euren „ehrlichen Namen" wieder ein, den ihr ja durch Eure Arbeitslosigkeit verloren habt; aber „freiwillig" müßt Ihr kommen, sonst wird Euch die Gnade gar nicht zu Theil. Jedenfalls kommt über die Thüre des Anstaltsgebäudes als Motto in goldenen Lettern der Bibelspruch: „Kommet her, alle, die ihr mühselig und beladen seid, wir wollen euch schon erquicken."

Uns wundert diese neueste Frechheit der Pfaffen und Bourgeois nicht, sie wissen sehr wohl, daß es leider noch so viele Arbeiter gibt, die sich nur dunkel ihrer Klassenlage bewußt und gänzlich indifferent sind und keinen Anspruch erheben auf die Rechte der Menschen. An uns ist es, Genossen, unablässig für Aufklärung zu sorgen und unerschrockenen Muthes einzutreten für unsere Ziele: der möglichst baldigen Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Errichtung der einzig freien sozialdemokratischen Republik.

Wir Alle, das seid versichert, ihr Bourgeois, wollen uns Eure Worte merken: „strenge Zucht und knappe Kost"! Vergeßt Ihr dabei nur nicht, daß die Stunden eurer Herrschaft gezählt sind, erinnert euch, daß man 1784 auch nicht ahnte, wie es 1789 kam und denkt, daß vielleicht auch ein solches 1889 kommen kann, aber nicht blos in Frankreich. Und wenn es dann einmal heißt:

„Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!"

dann seid nachher zufrieden, wenn Ihr „in strenger Zucht bei knapper Kost" leben könnt. Und in der Hoffnung, daß diese Zeit bald kommen möge, rufen wir zum Schluß begeistert:

Es lebe die soziale Revolution!"

D. r. C.

Sprechsaal.

Brüssel, im April 1884.

Die in der letzten Zeit erfolgten Erklärungen des „Sozialdemokrat" gegenüber den Wiener Vorgängen, sowie auch das Vorgehen des Zentralkomites (in Berlin?) und einzelner Parteivereine gegenüber den mehr revolutionären Elementen sind auch bei den hiesigen deutschen Parteigenossen Gegenstand der Erörterung gewesen, und theilt die Mehrzahl die Ansicht, daß die fortwährende Zerfleischung von Sozialisten und Anarchisten innerhalb der Partei,[1]) wenn in diesem Maße fortgefahren wird, verheerend für die Zukunft wirken muß.

Bis jetzt ist noch wenig über den Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus berichtet, wenigstens über den Grund und die Ursachen, weshalb die Spaltung da ist, sind vielleicht nur Vereinzelte aufgeklärt.[2]) Es ist daher leicht, in Deutschland, wo jede öffentliche Diskussion unterdrückt ist, das neue rothe Gespenst, das Kind des Sozialismus, recht schwarz an die Wand zu malen. Wer aber im Auslande, wo etwas mehr Freiheit vorhanden, sich der Mühe unterzieht, das neue Thier gut zu studiren, das heißt, es selbst bei den Hörnern anfaßt, findet, daß dasselbe doch nicht so wild und verwahrlost ist, wie viele entwickelungsmäßig gesonnene Leute denken.[3]) Uns klingt es daher ironisch, wenn der „Sozialdemokrat" von Nummer zu Nummer in letzter Zeit schreibt: Eine Mord- und Diebsbande durchzieht jetzt in einzelnen Staaten das Land und scheut vor keinem Mittel zurück und so weiter, wie es letzthin beinahe wörtlich hieß, um Angst und Schrecken vor den Anarchisten zu erzielen.[4])

Wir sind aber der Ansicht, jene Tausende (?) und Abertausende (na! na!) von Brüdern, welche in allen Ländern, bis über den Ozean, wohnen und sich zur Anarchie bekennen und ballend ihre Faust erheben gegen die fortgesetzten Hetzjagden, die man gegen eine wahrheitsliebende Partei führt, sind keine handwerksmäßige Mord- und Diebsbande, nach bourgeoismäßigem Sinne und Zuschnitt, sondern die große Geduldsprobe, die doch nicht dem Naturell eines Jeden entspricht, wirft Einen nach dem Andern verzweifelt über Bord, und so entsteht die Taktik, die aus der heutigen zivilisirten, d. h. raffinirten Barbarei entstehen muß.

Welcher Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts, der noch mit etwas Wahrheitsliebe und Vernunft beseelt ist, könnte, wenn er die schuftigsten, skandalösesten Machinationen der Regierenden gegenüber der großen Masse des hungernden Proletariats in Betracht zieht, zu anderen Schlüssen gelangen als zur Nothwendigkeit sogenannte Ausschreitungen als Antwort?[5]) Während z. B. in Rußland und Irland die gerechten Forderungen des Volkes mit Strick und Henkerbeil beantwortet werden, wird in den anderen Staaten, in Deutschland, Oesterreich, Frankreich u. s. w. das Volk auf jede Weise betrogen, seiner Rechte beraubt; um ihm zum Scheine doch etwas zukommen zu lassen, läßt man das Volk schon ein Jahrzehnt per Reichstag und Deputirtenkammer um abgenagte Knochen sich streiten, denn anderes sind die Bismarck'schen Gesetzesvorlagen nicht als ebenbenannt; was die Herren übrig lassen wollen, ist die Lösung ihrer „sozialen Frage". Oder wer könnte behaupten, daß seit Erlaß des Sozialistengesetzes auch nur das Geringste für das Wohl des arbeitslosen und darbenden Volkes geschehen wäre? Wer von Euch Arbeitern verspürt etwas von Linderung und Besserung seit den vielen Phrasen im deutschen Schwätzkasten, und was werdet Ihr nach wiederum zehn Jahren verspüren? Nichts und wiederum nichts; Betrug und abermals Betrug![6])

Welcher aufgeklärte Revolutionär könnte also bedauern oder erschreckt sein ob solcher Thaten! Das Volk ist ja so wie so im Zuchthaus, es hat nichts zu verlieren, als von seiner Qual erlöst zu sein! Warum sollte es also Niemand geben, der mit vollem Herzen Beifall klatscht oder sich für eine blutdürstige That interessirt, um Rache zu nehmen an Jedem, der es wagt, die Rechte der Menschheit mit Willen zu schänden, oder Denjenigen zu bestrafen, der für Lohndienst im Interesse der Regierungen Familien zu Grunde richtet.[7])

Wenn die Geduld des Menschen erschöpft ist, so artet das Gefühl aus in Zorn und Verzweiflung. Und warum hat die Sozialdemokratie Angst, daß durch Attentate, wie z. B. in Wien, die Arbeiterbewegung auf eine Zeitlang kann zurückgeworfen werden, oder daß Attentate überhaupt der Arbeiterbewegung schaden? Wir denken vielmehr, die Bewegung der Arbeiter entwickelt sich, je nachdem die kapitalistische Produktionsweise sich entwickelt.[8]) Diese ganz allein mit ihren mechanischen Verbesserungen bringt die Arbeiterbewegung in Schwung und die Arbeiter zum Nachdenken. Sie ist es auch, die die einzelnen Individuen zu Hassern und Rächern macht. Hundert Attentate jährlich in den zivilisirten Staaten zermalmen nicht den Geist und die Kraft der Arbeiterbewegung.[9]) Wir haben einen zu großen Vorschub, den uns nur die kapitalistische Produktionsweise von Jahr zu Jahr verstärkt, bis sie sich abgewirthschaftet hat. Dieses Gesetz besteht einmal und kann nicht mehr abgeschafft werden, und deshalb keine Bange vor Attentaten! Gäbe es keine Most oder Peukert, so gäbe es Andere, welche ihre Stelle vertreten:[10]) je nachdem die schuftigen Regierungen, je nachdem auch die Ausschreitungen. Es ist wirklich noch ein großes Wunder, welch' große Geduld das Volk gegenüber seinen Peinigern an den Tag legt!

Ein großer Theil des Volkes hat sein Vertrauen in die Regierungen verloren, an den Reichs- oder Schwätzkasten, und es ist daher eine naturgemäße Erscheinung, wenn ein Theil der Genossen heimlich dem Anarchismus sich nähert und ihm huldigt?[11]) Gibt es doch einen großen Theil der anarchistischen Genossen, wie z. B. auch hier in Brüssel uns von verschiedenen Seiten versichert wird, die nicht Alles billigen, was Most und seine Bundesgenossen den Lesern vorführen,[12]) die sich aber auch kalt verhalten den zu sehr gemäßigten Parteien gegenüber, welche noch mit einem verfaulten Parlamentarismus sich abgeben wollen. Es ist daher kein falsch zitirter Satz von Most, wenn er sagt, aus den heutigen Verhältnissen muß ein Sozialist ein größerer Revolutionär werden, der Alles billigt, oder er verfällt dem Pessimismus.[13])

Die deutsche Sozialdemokratie oder einzelne Vereine gießen daher Oel in's Feuer, wenn sie das Beispiel in Winterthur nachahmen, wie der „Sozialdemokrat" in einer Nummer im Februar berichtet, allwo ein Mitglied wegen „zweideutigen Benehmens" aus dem Verein ausgeschlossen wurde.[14])

Es scheint also, man will dem auswüchsigen Revolutionismus die Flügel beschneiden.[15]) Wird die Sozialdemokratie diesen begonnenen Weg einschlagen, so wird sie eine Spaltung schaffen, die in Deutschland noch wenig vorhanden ist, die zur Folge hat, die Leidenschaften zu entflammen und der Denunziation den Weg zu öffnen. Darum nicht zu hart geschossen, wenn einzelne Genossen über die Kampfeslinie hinausschreiten, oder auch mal mit dem Anarchismus liebäugeln.[16])

Ein glänzendes Beispiel, das von dem hiesigen Sinn der Belgier und Deutschen gegenüber den Wiener Verhältnissen oder Ausnahmezustand Zeugniß ablegt, soll der Schluß sein.

Am Jahrestage der Revolution von 1848 hielten sämmtliche Sozialisten und Anarchisten (die Brüsseler Anarchisten selbst, also Belgier, hatten sich nicht angeschlossen, da sie schon ein Fest arrangirt hatten) ein gemeinsames großes Konzert mit Ball ab, und zwar zu Gunsten der Wiener Ausgewiesenen. Das Fest verlief in der würdigsten Weise und sah und merkte man in dem gefüllten Saale keinen Unterschied zwischen Sozialisten und Anarchisten. Zu bewundern ist noch, daß die hiesigen belgischen Sozialisten sogar ihre Feinde, die Anarchisten, eingeladen hatten. Den Schluß bildete eine sinnreiche Polonaise, bei welcher Genossen und Genossinnen mit Herz und Seele die Marseillaise, um die rothe Fahne geschaart, begeistert sangen.

Macht's nach, anstatt uns zu hassen![17])

Mit kollegialem Gruße!

Die Unterzeichneten.

* * *

Anmerkungen der Redaktion.

[1]) Innerhalb unserer Partei gibt es keine Anarchisten, also auch keine „Zerfleischung zwischen Anarchisten und Sozialisten". Wenn der Einsender aber den Begriff „Partei" im weiteren Sinne als gleichbedeutend mit Arbeiterbewegung auffaßt, so gibt es innerhalb dieser allerdings Leute, die sich Anarchisten nennen und die von jedem Sozialisten mit äußerster Energie zu bekämpfen sind — nicht weil sie „mehr revolutionär" sind, sondern weil sie für ein dem Unserigen entgegengesetztes Ziel, den Individualismus, kämpfen, weil sie es als ihre Hauptaufgabe betrachten, der Sozialdemokratie zu schaden, wo sie nur können, weil sie alle Unternehmungen derselben zu durchkreuzen suchen, gegen uns mit unsern Gegnern gemeinsame Sache machen.

[2]) Nun, wir dächten, es hätte schon genug über den Unterschied zwischen Anarchismus und Sozialismus im Sozialdemokrat gestanden; und über die Ursachen der Spaltung zu diskutiren, die Lügen der Anarchisten über dieses Thema zu widerlegen, lohnt wahrlich nicht der Mühe.

[3]) Das kommt darauf an. Das Thier, welches Einsender bei den — Hörnern gepackt haben, mag ja ziemlich zahm sein, andere Leute haben eben andere Erfahrungen gemacht.

[4]) Wir lesen doch den „Sozialdemokrat" ziemlich genau, uns ist aber von einer solchen Notiz, und noch dazu „von Nummer zu Nummer" nichts bekannt. Oder haben etwa die Einsender eine ähnlich lautende Notiz in Nr. 13 des „Sozialdemokrat" im Auge? Dann mögen sie sie nur noch einmal genau nachlesen, bei besserem Zusehen wird ihnen vielleicht klar, gegen welche Dynamitbande diese sich richtet.

[5]) Ausschreitungen und Ausschreitungen sind zweierlei. Als Akte der Verzweiflung eines wirklich echten Kampfes ums Recht wird sie kein Sozialist, wenn er sie auch als unzweckmäßig verwirft, verdammen. Etwas ganz anderes ist die Taktik der Anarchisten: Gewaltthaten ohne jede Nothwendigkeit zu provoziren, jedes andere Kampfmittel als die nackte Brutalität zu verwerfen, an die Stelle des organisirten Klassenkampfes, wie ihn die revolutionäre Sozialdemokratie führt, die Propaganda der Putsche ꝛc. zu kultiviren.

[6]) Ueber den Reichstag und dessen Gesetze gibt sich kein Sozialist Illusionen hin, aber ebensowenig über das Revolutionsgeschwätz der Anarchisten. Es wäre vielmehr der größte Wahnsinn, wollten die deutschen Sozialisten auf die Ausübung eines Rechtes verzichten, welches sie befähigt, ihrer Stimme im politischen Kampfe Geltung zu verschaffen, das ihnen ermöglicht, sich zu zählen und durch ihre Zahl immer größere Massen zu gewinnen, ermuthigend, anfeuernd auf die gesammte Arbeiterschaft zu wirken, während die anarchistischen Unternehmungen, weil sie unter den heutigen Umständen fehlschlagen müssen, auf das Gros der Bevölkerung nur entmuthigend wirken, wie sich bisher überall gezeigt hat, wo die Anarchisten an der Arbeit waren.

[7]) Siehe Anmerkung 5.

[8]) Die kapitalistische Produktionsweise ist die Voraussetzung der sozialistischen Arbeiterbewegung, der Boden, dem diese entstammt. Das ist richtig. Aber der Schluß, daß nun deshalb Alles gleichgültig ist, was geschieht, ist grundfalsch. Einmal stehen wir, und namentlich in Oesterreich, noch lange nicht so, daß es heißt: hier Lohnarbeiter, hier Kapitalist und sonst nichts. Zwischen Beiden gibt es noch eine gewaltige Volksmasse, mit der wir gleichfalls rechnen müssen, und auf die wirken zu können, die Arbeiterklasse vor Allem Bewegungsfreiheit, politische Rechte haben muß. Mit einer Taktik aber, die nur auf den Pessimismus rechnet, wie die der Anarchisten, kann man ganz gewaltig schaden.

[9]) An sich nicht, wohl aber in ihrer Folge. Sie führen Repressalien herbei, die zur Wirkung haben die Entmuthigung der großen Masse der Arbeiter, die Lahmlegung der ganzen Arbeiterbewegung. In einer wirklich revolutionären Situation, wie z. B. heute in Rußland, liegt die Sache natürlich anders, allein von einer solchen kann zur Zeit in Deutschland nicht die Rede sein.

[10]) Die Herren gelten uns in ihrer Eigenschaft als Anarchisten auch nicht mehr und nicht weniger als jeder andere Anarchist. Wir bitten doch vor allen Dingen nachzulesen, was wir denselben persönlich vorwerfen. Mit der Logik der Einsender kann man jede Schurkerei entschuldigen: „Thu ich's nicht, thut's ein Anderer!" Wir danken dafür.

[11]) Aber nicht in Deutschland.

[12]) Wirklich? Aber sie haben noch nie den Muth gehabt, das in ihrem Organ zu erklären. Sie würden auch schön damit ankommen. Eine andere Ansicht zu haben als Herr Most, oder gar etwas zu tadeln, was derselbe gethan, das verstößt gegen die heilige — „absolute Freiheit." Daß auch die Parteigenossen ein Recht haben, im Organ gehört zu werden, das kann nur ein „autoritärer" Sozialist, ein „Parteimichel" als Grundsatz aufstellen.

[13]) Hohles Geschwätz, hinter welchem sich nur das schlechte Gewissen versteckt. Angesichts des Standes der deutschen Arbeiterbewegung braucht Niemand Pessimist zu werden, am allerwenigsten Jemand, der seine Partei in der kritischsten Situation im Stiche ließ und hinterher, weil es auch ohne ihn geht, sie zu ruiniren sucht.

[14]) Das war sehr recht. Heraus mit den Achsel- und Zwischenträgern aus unserer Organisation! Sie verrathen uns doch nur, sobald sie können.

[15]) Fällt Niemand ein, wir wollen aber wissen, woran wir sind.

[16]) Aber ganz gehörig aufgepaßt und sich die Harmoniemeier recht genau angesehen! Den Genossen in Deutschland, die gutmüthig genug waren — um keinen andern Ausdruck zu gebrauchen — sich mit den Anarchisten einzulassen, ist das schlecht genug bekommen.

[17]) Das wird wohl nicht gut angehen. Nicht überall sind die Anarchisten so liebe Leute wie die Brüsseler Anarchisten zu sein — scheint es, und nicht überall sind unsere Genossen so gleichgültig gegenüber den Parteiinteressen wie die Einsender zu sein erklären. Wir wissen überhaupt nicht, ob sie sich als Anhänger unserer Partei bekennen, nach dem Schlußsatz sollte man eher das Gegentheil meinen. Wenn wir trotzdem die Einsendung aufnahmen, so geschah es, um ihnen und andern Leuten zu zeigen, daß wir wahrlich keine Ursache haben, unsere Leser über irgend welche Strömung in der Arbeiterbewegung im Unklaren zu lassen, und daß es uns fern liegt, Jemand zu hassen, nur weil er anderer Ansicht ist, als wir. Wenn wir die Anarchisterei bekämpfen, so geschieht dies wahrlich nicht aus Lust am Streit und Hader, noch aus „Haß", sondern weil wir in ihr eine Gefahr für die Arbeiterbewegung erblicken, und es unsere Pflicht ist, nach bester Ueberzeugung die Interessen der deutschen Arbeiter zu wahren.

Achtung. Der Streik der Bauhandwerker (Maurer und Zimmerer) in Leipzig dauert fort und ist daher **Zuzug unbedingt fernzuhalten.**

Unterstützungen sind an Aug. Stamm, Leipzig, Preußergäßchen 5, Briefe an Hartung, Südstraße 23, Leipzig zu senden.

Partei-Archiv.

Quittung.

Für das Partei-Archiv gingen ferner ein:

Aus Amerika: 2 Expl. „Die Parole".
Aus Köln: 1 Flugblatt „An das arbeitende Volk der Rheinprovinz"
Von B. B. in B.: 8 Flugblätter und Plakate aus den Jahren 184[illegible] und 1849.
Von Hoffmann in London: Ein Flugblatt aus der ersten französischen Revolution (1794).
Von Lanz in Zug: 1 Abraham a Sankta Clara. Mercks Wien (1680.)
Von C. Lübeck, Oberstraß: 1 Expl. Buddelmeyer-Zeitung 1851/5[illegible] 1 Jahrg. „Zukunft" 1867 in 4 Bd. gebunden.
Vom deutschen Arbeiterverein „Eintracht", Zürich
2 Hefte „Neue Gesellschaft".
1 Quartal „Grütlianer" 1853, geb.
1 Semester Gewerbeblatt für Sachsen 1839.
12 Nrn. der „Waage" von Guido Weiß.
16 div. Statuten, Zirkulare und Abhandlungen.
1 Verfassung des deutschen Reiches 1849.
1 Extrabeilage zur „Mannheimer Abendzeitung" Nr. 1—18.
„Felleisen", Organ der deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereine der Schweiz, Jahrg. 1—11.
Jahrgang 13, inkomplet.

Die Archivverwaltung.

Briefkasten

der Expedition: G. M. K.: Mk. 3 — Ab. 3. Qu. über „Canton" (China) nach 15wöchentlicher Reise in Httg. (Kanton Zürich) glücklich gelandet. Neujahrsgratulation bestens erwiedert! — C. [illegible] Mlo.: Fr. 1 50 pr. Wsd. dkd. erh. — Dtsch. Ver. St. Imier: Fr. 14 [illegible] für Streikzwecke dkd. erh. und für die Böhmen eingereicht. — Sch[illegible] Efld.: M. 12 — Ab. ab 1. Okt. 83 — 1. Okt. 84 erh. — Roth[illegible] Hahn i. J.: Mk. 8 40 Ab. April erh. Es ist Alles quittirt. — Kilian Mk. 69 60 à Cto. Ab. 1. Qu. ꝛc. erh. Bsl. Weiteres. — Besunsteck Fr. 2 50 Ab. 2. Qu. erh. Fgl. gratis fort Außer Ihnen kennen dort Niemand. — G. M. Kpt.: Mk. 1 — f. div. Nrn. d. S. erh. — [illegible] Ltz. B.: Mk. 5 — Ab. 2. Qu. erh. Rchlfrg. abgg. — M. P. Adsbh. Mk. 25 40 Ab. 2. Qu. erh. 1200 „Mkr. Pfff. ꝛc." unterwegs. — [illegible] i. S.: Mk. 23 40 Ab. 2. Qu. erh. Bestllg. kommt. — F. W. Frgh. Philadelph.: Fr. 49 86 (10 Doll.) pr. Ab. 2. Qu. ꝛc. gutgebr.; [illegible] 41 14 (Doll. 8 25) gef. bei Lassalle's Geburtstagsfeier pr. Wsds. dkd. verwendet. In amerik. Papiergeld hätten die 18¼ Doll. hier [illegible] Fr. 93 — gegolten. Warum also nicht per Chargebf. gesandt. Bestll. fort. — Fallstaff Ludwigshafen: Fr. 25 — pr. Dsd. dkd. erh. — [illegible] Beck: Mk. 25 — à Cto. Ab. erh. Befragen Sie einen unserer Reichsboten über Mf. Bsl. mehr. — C. Werner sen.: Mk. 100 — à Cto. Ab. ꝛc. gutgebr. — Ch. Pommer i/Limeira: Mk. 8 — Ab. bis End[illegible] Sept. 85 erh. Mk. 7 — pr. Usd. dkd. verw. Gruß! — C. B. L. [illegible] Adam: Fr. 7 10 Ab. bis Ende Sept. u. Kal. erh. Sdg. fort. — D[illegible] Bekannte Stbn.: Fr. 15 — à Cto. gutgebr. — H. Rtzsch. Newyork Fr. 151 90 (Doll. 30 —) à Cto. erh. Bstllg. fort. — G. M. Kpt.: M[illegible] 3 — f. Schft. erh. „Frau" vorgem. Weiteres fort. — J. Ky. Kenia Fr. 2 50 Ab. 2. Qu. erh. Fr. 2 56 pr. Wsd. dkd. verw. — C. M[illegible] Zch.: Fr. 2 — Ab. Mai und Juni erh. — R. T. O'straß: Fr. 6 — Ab. 2.—4. Qu. erh. — F. Rs. Br.: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. — Mercurius: Mk. 11 — à Cto. erh. — R. H. Ravensthorpe: Fr. 2 50 Ab. 2. Qu. erh. — Spglr. O'str.: Fr. 21 55 à Cto. Ab. u. Schft. erh. — Rother Franz: Bf. u. P.-K. erh.

Sozialistische Arbeiterpartei.
Sektion Philadelphia.

Unser Auskunftsbureau befindet sich:

1,25] Callowhill Street 325 in F. W. Fritzsche's Lokal.

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.
Sektion New-York.

Sitzung des Zentralkomites jeden Dienstag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, Ecke Allen und Houston Street.

Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkszeitung".

Zürich Samstag, 17. Mai, Abends 8 Uhr, im „Kaf[illegible] Keßler

Oeffentliche
Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Die Sozialistengesetzdebatte im deutschen Reichstag.

Der Lokalausschuß.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.